Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 62 (1968)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : das neue Frankreich ; Die Studenten ; Die Arbeiter ; Das Spiel der Kräfte ; Und Vietnam? ; Altes oder neues Westdeutschland? ; Die Gärung in England und Italien

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141450

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die zufriedenen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit

Zwar hat *Maria von Ebner-Eschenbach* nur allzu recht, wenn sie dies feststellt, schreibt *Gösta von Uexküll* in «*Blätter für deutsche und internationale Politik* (Mai 1968), aber keine Sklaverei währt ewig, und auch das komfortabelste Gefängnis wird seinen Insassen einmal zu eng.

«Ausbeutung» und «Unterdrückung» haben seit den Tagen von Karl Marx ihr Aussehen, aber nicht ihren Charakter verändert. Ist ein Atomphysiker, der hilflos mitansehen muss, wie seine Erfindung dazu missbraucht wird, Leben millionenfach zu vernichten, statt Leben zu erhalten, etwa nicht ausgebeutet? Oder der Arbeiter in einer Fabrik für Napalmbomben, Giftgase oder «biologische Kampfmittel»? Die Ausbeutung ist heute nicht mehr an der Lohntüte zu erkennen, sondern allein an der gesellschaftlichen Funktion einer Arbeit. Und wer über die gesellschaftliche Funktion seiner Arbeit nicht mitbestimmen kann, ist nicht frei, ist unterdrückt.

Den Sklaven von heute sieht man die Ketten nicht an, und wer nicht danach fragt, wem seine Arbeit nützt und wem sie schadet, ob sie einer guten Sache dient oder einer schlechten: wen nur der Lohn seiner Arbeit interessiert und sonst gar nichts; wer ebensogern am Krieg verdient wie am Frieden; wem es gleichgültig ist, ob er als Polizist oder Soldat einem Herrn dient, der Freiheit und Menschenwürde mit Füssen tritt, oder einem, der sie schützt und achtet –: der wird die Ketten gar nicht spüren. Es wird ihn auch nicht stören, dass der Lohn für seine Dienste in Gestalt von hohem Lebensstandard, teuren Konsum- und Statussymbolen zu einer neuen Sklavenkette wird. Und weil er mit seinem Los zufrieden ist und die zeitgemässen subtilen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung nicht durchschaut, reagiert er heftig und feindselig gegen alle, die das System, in dem er sich so behaglich eingerichtet hat, ablehnen und bekämpfen. Wenn jetzt die Herrschenden rufen: «Der Feind steht links, schützt die bestehende Ordnung!», dann findet dieser Ruf bei allen «zufriedenen Sklaven» ein lautes Echo.

WELTRUNDSCHAU

Das neue Frankreich Das grosse Ereignis der Berichtszeit ist natürlich der *Aufstand gegen das ancien régime in Frankreich.* Denn darum handelt es sich ja bei dem Geschehen im Mai während jener dreissig Tage, die zwar nicht die Welt, aber doch Frankreich erschütterten und mindestens geistig auch tief in viele andere Länder hinausgewirkt haben. Der Sturmwind der Revolution fegte wieder einmal über Frankreich hin. Das spürte man dort gleich, als die Studentenrevolte auch die Arbeiterschaft und breite Schichten der übrigen Bevölkerung unwider-

stehlich erfasste. Eine gaullistische Zeitung erinnerte ganz offen daran, wie Ludwig XVI. beim Sturm auf die Bastille fragte, ob das wirklich ein Aufruhr sei, und zur Antwort erhielt: «Non, Sire, c'est la révolution!»

Eine Monatsschrift wie die unsrige hat es in solchen Fällen allerdings noch schwerer als sonst, mit den Ereignissen einigermassen Schritt zu halten. Es braucht eben anscheinend gezählte drei Wochen vom Abschluss der Weltrundschau bis zur technischen Fertigstellung und Postauslieferung des Heftes, so dass auch in dieser Juniausgabe nicht mehr die Vorkommnisse während des Drucks und der Zustellung des Heftes besprochen werden können. Aber vielleicht hat es auch sein Gutes, dass der Leser schon einen gewissen zeitlichen Abstand von den Ereignissen hat, wenn er die «Neuen Wege» in die Hand nimmt. Er wird jedenfalls wieder einmal um Nachsicht und Verständnis gebeten.

Eine Chronik der französischen Aufstandsbewegung können und wollen wir freilich auch für die Maiwochen nicht geben. Es genüge, stichwortartig festzuhalten: Aussperrung der Studenten am 3. Mai in Nanterre, der Zweigniederlassung der Pariser Sorbonne, und Herbeirufung der Polizei gegen die protestierenden und rebellierenden Studenten; Übergreifen der Bewegung auf die Sorbonne selbst, Besetzung von Universitätsräumen erst durch die Studierenden, dann durch die Polizei; studentische Forderung auf Abzug der Polizei, auf Freilassung der Verhafteten und auf Verhandlungen über eine Hochschulreform; Unschlüssigkeit der Regierung, dann mitten in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai Befehl zum bewaffneten Angriff auf die Studenten und darauffolgende Strassenschlacht mit beispiellosen Brutalitäten der «Ordnungshüter»; Einlenken der Regierung auf die studentischen Forderungen, aber auch ungeheure Kundgebungen und Protestmärsche der vereinigten Intellektuellen- und Arbeitermassen; überall im Land jäher Ausbruch von wilden Streikaktionen, die fast das ganze Wirtschafts- und Verkehrsleben lahmlegten; beschwichtigendes Eingreifen General de Gaulles mit Ankündigung einer Volksabstimmung über soziale und kulturelle Reformen, aber noch stärkeres Anschwellen der Widerstandsbewegung mit Einbezug der Gewerkschaften und der Linksparteien; erfolgversprechende Verhandlungen der gewerkschaftlichen Zentralverbände mit Unternehmern und Regierung, aber gleichzeitig stürmisches Drängen auf Rücktritt des Staatspräsidenten und der Regierung; trotzig-hochmütiges Nein de Gaulles am 30. Mai, Auflösung der Nationalversammlung, Ausschreibung von Neuwahlen unter Drohung mit Militäreinsatz gegen den «totalitären Kommunismus», politische Sammlung der Opposition bei allmählichem Abflauen der Streikbewegung.

An diesem Punkt steht Frankreich, während diese Rundschau geschrieben wird. «L'ordre règne à Varsovie», verkündete die russische Regierung, als nach fürchterlichen Schlächtereien der verzweifelte Aufstand der Polen (1830/31) schliesslich unterdrückt war. Dass jetzt in Paris und in Frankreich überhaupt nur *vorläufig* wieder Ordnung herrscht, das heisst, dass das alte Regime nur eine Atempause gewonnen hat, bis es gestürzt wird, und dass ein *neues Frankreich* im Werden ist, das ist wohl die allgemeine Überzeu-

gung derer, die ein tieferes Verständnis für die Kräfte haben, welche hinter der Aufstandsbewegung stehen. Werfen wir einen Blick auf diese Kräfte.

Die Studenten Im Vordergrund standen von Anfang an die «modernen», radikalen und revolutionären *Studenten.* Deren Auftreten und Bewegung ist wirklich eine neue Tatsache in der Geschichte nicht nur Frankreichs, sondern sozusagen der ganzen Welt. Sie ist eine der wichtigsten Erscheinungen im Völkerleben überhaupt, in Deutschland und Frankreich wie in Italien und Spanien, in England und Holland wie in den Vereinigten Staaten, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und was weiss ich wo sonst noch. Man kann geradezu sagen, dass diese Studenten einen Weg suchen, der über den freiheitlichen Sozialismus hinausführt, auf dessen Boden wir uns im Kampf zwischen Kapitalismus und Faschismus einerseits, autoritärem Kommunismus und Gewaltrevolution anderseits gestellt haben, dass also aus der internationalen Studentenbewegung eine «vierte Kraft» erwachsen kann, die durch eine kühne, allumfassende, wahrhaft umwälzende Haltung gegenüber der Organisation der modernen industriell-technisch-wissenschaftlichen Gesellschaft gekennzeichnet wäre.

Auf jeden Fall ist diese Bewegung bisher am wuchtigsten in *Frankreich* aufgebrochen. Diejenigen, die an Ort und Stelle ihren neuen Geist und ihre zahllosen Tätigkeitsformen beobachtet haben, sind der Bewunderung voll für die Ehrlichkeit, Gründlichkeit, Weltoffenheit und Zielstrebigkeit dieser jungen Menschen. Natürlich gehört deren Aufmerksamkeit zunächst ihren «Standesfragen» im engeren Sinn. Das Hochschulelend ist ja in Frankreich besonders gross. Frankreich zählt heute gegen 600 000 Studierende aller Fakultäten, über viermal soviel als im Jahr 1945. Sie müssen sich in wahrhaft drangvoll-fürchterlicher Enge durch ihre Ausbildungszeit hindurchschlagen. Es fehlt katastrophal an Seminarien, Laboratorien, Bibliotheken, Vorlesungsräumen und dergleichen, von dem unglaublichen Wohnungsmangel nicht zu reden. Dabei ist der Studiengang mit seiner Vorherrschaft verknöcherter Professoren und seinem widersinnigen Prüfungssystem in Formen gezwängt, die der Jugend von heute mit ihrem Selbständigkeitswillen und ihrer Verwicklung in all die Probleme des modernen Lebens einfach unwürdig sind. Dass hier eine Reform an Haupt und Gliedern unbedingte Notwendigkeit ist, versteht sich ganz von selber.

Aber das ist lang nicht alles. Es ist im Gegenteil nur ein Anfang dessen, was werden muss. Die Studenten erkennen mit bestürzender Klarheit, dass alle Hochschulreform unmöglich bleibt, solange die Gesellschaft, zu der die Hochschulen gehören, so ist, wie sie heute dasteht. Wo sollen beispielsweise die 5000 Soziologen unterkommen, die einzig die Pariser Universität jetzt alle Jahre ausspeit? In was für eine widerspruchsvolle, verdorbene Gesellschaft werden sie hineingeschleudert? Was für eine niederdrückende Rolle im nationalen Leben müssen die Juristen, die Naturwissenschafter, die Mediziner, die Lehrer und so fort spielen – all diese oft so ideal gesinnten Menschen, die bloss für eine finanziell rentable Erwerbstätigkeit in einer durch und durch materialistischen Gesellschaft abgerichtet werden? Sollen sie

auch fernerhin die geistige Kerntruppe der bürgerlich-kapitalistischen Welt, der nationalistischen und militaristischen, von Grund auf verlogenen und nur scheindemokratischen «Volksgemeinschaft» bleiben? Gegen diese Aussicht lehnen sich die jungen Männer und Frauen, die an den Hochschulen massiert sind, mit besonderer Bitterkeit und Heftigkeit auf. Ihre «Standesbewegung» ist zu einer nationalen – ja internationalen – Bewegung ersten Ranges geworden, die Anschluss an alle anderen fortschrittlichen Kräfte des Landes sucht, vor allem natürlich an die Arbeiterbewegung, soweit sie noch – oder wiederum – revolutionär ist. Die studentische Bewegung drängt darum ganz bewusst zur *direkten Aktion;* sie steigt auf die Strasse, erzwingt die nationweite Aufmerksamkeit und fordert die Staatsgewalt zum offenen Kampf heraus. Und bisher mit Erfolg! Man braucht nur auf die denkwürdige «Nacht der Barrikaden» zu verweisen; am andern Tag kapitulierte die Regierung – eine Regierung, hinter der ein starkes, reiches Bürgertum steht, eine sichere Mehrheit in der Nationalversammlung, eine nur zu fügsame Polizei- und Militärmacht...

Hier stossen wir freilich auf eine der schweren Gefahren, die der Studentenbewegung drohen, ja denen sie schon vielfach erlegen ist. Die Revolte in Nanterre hatte eine ihrer Ursachen in der Geschlechtertrennung, die in den dortigen Hochschülerwohnungen galt. Der Kampf dagegen dauerte schon jahrelang; zuletzt, im vergangenen Februar, verfügte der Unterrichtsminister Peyrefitte, dass Studenten über 21 bis elf Uhr abends Mädchen aufs Zimmer einladen durften, nicht aber Mädchen irgendwelchen Alters ihre männlichen Kameraden, weil die Mädchen «nach den Naturgesetzen» grössere Gefahr liefen. Es ist symbolisch, dass die Auflehnung gegen diese «Verweigerung der Erwachsenenrechte» am Anfang der Pariser Studentenrevolte steht. Ein Hauptschlagwort der jungen Generation ist tatsächlich das Recht auch auf *sexuelle Revolution* geworden, das heisst auf hemmungsloses Sichausleben, auf Freiheit von sittlichen Bindungen auf diesem Gebiet, eine falsch verstandene menschliche Selbstbestimmung. Dabei ruht der ganze Sozialismus und gar noch der Idealanarchismus gerade auf dem Anspruch, dass das Sittengesetz auch das Gemeinschaftsleben regieren müsse. Deo servire libertas – Gott dienen ist wirklich Freiheit! Solange die Studentenbewegung diese Wahrheit – ob nun in religiöser oder in weltlicher Form ausdrückt – nicht achtet, ist uns um ihre Zukunft bang.

Ähnliches gilt von der anderen Gefahr, die sie bedroht: dass der Drang nach direkter Aktion in einen Kult der *Gewalttätigkeit* ausartet. Natürlich ist es Heuchelei, wenn die Sprecher der herrschenden Ordnung, die auf offener und versteckter Gewalt beruht, auch den Studenten den «demokratischen Weg» zur Erreichung ihrer Ziele predigt, die Ausnützung der demokratischen Kampfmittel also, die in der modernen Gesellschaft entscheidend in der Hand der kapitalistischen Klasse sind. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit, diese Kampfmittel doch bis zum Letzten auszunützen und durch Aufklärung, Anrufung aller sittlichen Kräfte und beispielhafte Haltung die bestehende Unrechtsordnung zu erschüttern, im Vertrauen auf die allmächtige Wirkungsmacht der Wahrheit und des Gu-

ten. Auch darüber soll an dieser Stelle nur andeutungsweise das Nötigste gesagt sein; es wird noch oft genug Gelegenheit geben, auf diese, wie ich überzeugt bin, entscheidenden Zusammenhänge hinzuweisen.

Die Arbeiter Inzwischen darf sich die französische Studentenaktion rühmen, die *Arbeitermassen* in Bewegung gebracht zu haben, wie es schon lang nicht mehr der Fall gewesen ist. Zehn Jahre lang haben sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit mageren Brotstücken vom reichbesetzten Tisch der Nutzniesser des spätkapitalistischen Wirtschaftsaufschwungs abspeisen lassen. Immer und immer wieder brachen Arbeitskämpfe, Streikbewegungen, Protestbewegungen aus – aber ohne durchschlagenden Erfolg. Dazu waren und sind die französischen Gewerkschaften verhältnismässig schwach und durch politische wie weltanschauliche Gegensätze getrennt. Von den 15 Millionen unselbständig Erwerbenden sind nur vier Millionen gewerkschaftlich organisiert; sie ermangeln einer wirklichen Führung und darum einer einheitlichen Stossrichtung. Millionen von Familien blieben in gedrückten Lebensverhältnissen. Die Reallöhne sind nur ausnahmsweise gestiegen, in den letzten zwei Jahren zum Teil sogar gesunken. Eisenbahner, Pöstler, Autobusangestellte, Bergarbeiter, Verwaltungsbeamte, Lehrer usw. – sie alle waren unterbezahlt. Die tatsächliche – nicht nur amtlich zugegebene – Arbeitslosigkeit erfasste durch Jahre hindurch eine halbe Million Menschen, noch abgesehen von der «normalen» Unterbeschäftigung. Auch unter den Bauern wuchs die Unzufriedenheit; in den unterentwickelten Gebieten – so in der Auvergne, in der Normandie, in der Bretagne, im Pas de Calais – griff ein dumpfer Rebellionsgeist um sich.

Jetzt, mit der Studentenrevolte, brach der Unmut, ja Zorn offen durch. Eine Grundwelle von Streikaktionen in niegesehenem Ausmass überflutete das Land. Ihr Kennzeichen war die Unmittelbarkeit und freie Selbsttätigkeit, mit der die Arbeiter handelten. Sie brauchten keinen Befehl der Gewerkschaft, um in den Ausstand zu treten, kein Losungswort der Kommunisten, um die Fabriken zu besetzen. Der Anstoss kam von unten her, von den Betriebsbelegschaften selber, besonders von den jüngeren Arbeitern und Arbeiterinnen, die einfach «genug hatten» und sich darin mit den Studenten trafen. Gewiss verdichtete sich diese Ungeduld zu bestimmten sozialen Forderungen wie anständiger Mindestlohn, allgemeine Erhöhung des Reallohnes, 40-Stunden-Woche, Sicherung vor Arbeitslosigkeit, früheres Rentenalter, fünf Wochen Ferien für junge Arbeiter und Arbeiterinnen, Verbesserung der Sozialversicherung, Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmer usw. Aber das wirkliche Ziel der Streikenden und Demonstrierenden ging über solche materiellen Einzelforderungen hinaus. Wie K. S. Karol (Paris) im «New Statesman» (24. Mai) berichtet:

«In den besetzten Fabriken begann eine endlose Auseinandersetzung über die Mängel und Ungerechtigkeiten der sogenannten Wohlstandsgesellschaft, die zwar Verbrauchsgüter bietet, aber nicht auch das Recht, über Arbeitsbedingungen oder den Wettlauf zu höherer Wirtschaftsleistung zu

bestimmen... Wenn man dem Ton der Aussprachen in den Fabriksälen oder auch in den Bureaus zuhört, hat man den Eindruck, dass diese jungen Franzosen versuchen, den *Sozialismus* neuzuerfinden. Das Wort Sozialist wird nur selten gebraucht, aber ein jeder spricht von dem Recht der Arbeiter, über soziale Gerechtigkeit, über Gleichheit und wirkliche Demokratie zu entscheiden . . . Man hat hier das Gefühl, dass dieser beispiellose Streik ein neues Zeitalter in der sogenannten Wohlstandsgesellschaft einleitet und dass sich ihr Widerhall auch ausserhalb Frankreichs geltend machen wird.»

Kein Wunder darum, dass die Träger der herrschenden Ordnung von dieser ganzen Bewegung völlig überrascht wurden. Und zwar nicht nur in den bürgerlich-kapitalistischen Schichten, sondern auch in den *Gewerkschaftsleitungen* und in der *Kommunistischen Partei,* die eben mehr und mehr verbürgerlicht und «staatserhaltend» geworden ist. Der Gewerkschaftsverband Demokratischer Arbeiter (Confédération Syndicale Démocratique des Travailleurs), eine Absplitterung vom katholischen Gewerkschaftsbund, stellte sich allerdings bis zu einem gewissen Grad gegen die kommunistisch beeinflusste CGT (Confédération Générale du Travail), indem er erklärte, die gegenwärtige Streikbewegung sei gegen die kapitalistische Wirtschaftsmacht selber gerichtet und erstrebe nicht einfach materielle Verbesserungen. Aber die CGT ist eben, um nochmals Karol anzuführen, «zum erstenmal in ihrer Geschichte die Hoffnung der aufgeschreckten Anhänger des Bestehenden geworden. Das ‚Patronat', die Unternehmerorganisation, würde natürlich lieber über Lohnansätze diskutieren, als die Herausforderung an das Herr-im-Hause-System oder den Gesellschaftsaufbau annehmen. Und so loben jetzt plötzlich herkömmlicherweise rechtsstehende Persönlichkeiten die kommunistischen Verbände wegen ihrer Disziplin und ihrer staatsmännischen Haltung.»

Das Spiel der Kräfte

Ganz im gleichen Sinn äussert sich in der vorhin zitierten sozialistischen Londoner Wochenschrift deren Chefredaktor, Paul Johnson: «Das Regime schaut in seiner Not um Hilfe nach derjenigen Macht aus, die in klassisch-politischer Ausdrucksweise ihr natürlicher Feind sein sollte: die kommunistische Parteibürokratie... Kommunistische Partei und Gaullisten sind natürliche Bundesgenossen. Beide haben nichts vergessen und nichts dazugelernt. Beide wurzeln in der Denkweise des 19. Jahrhunderts. Beide sind an der heutigen Gesellschaft – der bestehenden Ordnung – interessiert und haben bei einer radikalen Wandlung der Dinge recht viel zu verlieren. Beide schauen nach Moskau, wenn auch in verschiedener Art und Weise: die Aufrechterhaltung der gaullistischen Aussenpolitik ist für Moskau fast ebenso wichtig wie für de Gaulle selber. Beide sind Grabesmumien, die ein frischer ideologischer Luftzug zu Staub zerfallen lassen würde.»

So sehen es zum mindesten die führenden Gruppen der französischen Studentenbewegung an. Für sie gehört die Kommunistische Partei längst zum «Establishment» (wie das Modewort lautet), zur herrschenden Ordnung. Bei allem Bemühen um die Unterstützung ihrer Sache durch die

Arbeiter sind sie darum doch taktisch sehr vorsichtig geblieben, fürchten sie doch, von den grossen Gewerkschaftsverbänden und der Kommunistischen Partei aufgeschluckt zu werden, wenn sie nicht klaren geistigen Abstand von ihnen nähmen. Bei allen Bekenntnissen zu Marxismus und Leninismus, die in diesen Kreisen üblich sind, ist der ganze Geist der Studentenbewegung denkbar unmarxistisch. Es ist nicht – nach dem berühmten Wort von Marx – das gesellschaftliche Sein (und am wenigsten ihre Klassenlage), welches das Bewusstsein dieser zumeist aus dem Bürgertum gekommenen jungen Menschen bestimmt; ihre Aktion entstammt vielmehr einem ursprünglichen, freigewonnenen Bewusstsein von der sittlichen und darum auch gesellschaftlichen Ungerechtigkeit und Unordnung des bestehenden Regimes. Es war darum ganz natürlich, dass gleich am 3. Mai, nach dem Aufruhr in Nanterre, ein Mitglied des Politischen Büros der KP, Georges Marchais, in der «Humanité» die Studenten als «Söhne des Grossbürgertums» und «Scheinrevolutionäre», die sich von einem «deutschen Anarchisten» irreführen liessen, scharf angriff und ihre Bekämpfung und Isolierung verlangte. Auch die Leiter der CGT weigerten sich zuerst, mit den Studenten gemeinsame Sache zu machen, da sie es nur «mit seriösen Partnern» zu tun haben wollten. Nachher, als es unvermeidlich wurde, doch irgendwie mit den Studenten zusammenzugehen, und die Ernsthaftigkeit ihrer Bewegung nicht mehr geleugnet werden konnte, änderte sich der Ton der kommunistischen Führungsgruppe erheblich. Es muss auch zugegeben werden, dass man in den gewerkschaftlichen Zentralen und bei den KP-Strategen ehrliche Angst vor blutigen Zusammenstössen der studentischen Demonstranten mit der Polizei und dem Militär hatte und sich dadurch nicht in ein Abenteuer mit unabsehbarem Ausgang hineinziehen lassen wollte. Aber das Misstrauen ist eben dennoch geblieben, und es ist kein Zufall, dass die Moskauer «Prawda» noch am 30. Mai entschieden von den jugendlichen Revolutionären in Frankreich abrückte, habe doch einzig die Arbeiterschaft, und zwar unter Leitung der Kommunistischen Partei, die Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, während die Studenten nur Sektierer seien, die Spaltung und Verwirrung in die Arbeiterbewegung hineintrügen und so tatsächlich das westeuropäische Bürgertum mit seinen amerikanischen Bundesgenossen unterstützten.

Wie weit unter diesen Umständen die so entscheidend wichtige Zusammenarbeit von Studenten und organisierter Arbeiterschaft in Frankreich gehen kann, ist eine offene Frage. Dies zumal angesichts des Abbröckelns der Streikbewegung und der Vorbereitung der *Wahlen* zur Nationalversammlung. Nach dem Misserfolg, den Herr de Gaulle mit seinem famosen Referendumsplan hatte, den jedermann als allzu schlaues Beschwichtigungsmanöver durchschaute, haben sich nun ja die Linksparteien wie die Gewerkschaftsverbände entscheidend auf die parlamentarische Opposition gegen den Gaullismus eingelassen, trotz dem undemokratischen System, unter dem die Wahlen stattfinden sollen, und trotzt all den Fesseln, die der sogenannten Volksvertretung durch de Gaulles autokratische Verfassung angelegt worden sind. Da die Oppositionsparteien unter sich auch keineswegs über-

trieben einig sind, dürften sie ihre Wahlerfolgsaussichten selber nicht allzu hoch einschätzen.

Die – etwas umgebildete und von einigem Ballast befreite – Regierung de Gaulles verlässt sich aber vor allem darauf, dass die ganze Aufstandsbewegung sich bis Ende Juni so ziemlich leergelaufen haben werde. Die Studenten werden kaum sehr rasch wieder zu Feld ziehen. Die Arbeiter und Angestellten aber sind jetzt mit der Erledigung ihrer Streikforderungen beschäftigt und hoffen, Behörden und Unternehmer werden gern oder ungern das Mögliche an Zugeständnissen gewähren, nur um ein Wiederaufleben der revolutionären Stimmung zu verhindern. Und in einer Reihe von Wirtschafts- und Verwaltungszweigen haben sie auch tatsächlich Erfolge herausgeholt, die vor vier Wochen noch ganz undenkbar gewesen wären. Jedenfalls macht sich vorderhand auch mehr und mehr eine ausgesprochen konservative, wenn nicht *reaktionäre* Stimmung im Bürgertum, zum Teil sogar in der Arbeiterschaft, geltend, die einfach nach «Ruhe» verlangt. Dies um so mehr, als die französische Wirtschaft unter den Streiks schwer gelitten hat, die Preise überall steigen und die Staatsfinanzen bedenklich zerrüttet sind. Und im schlimmsten Fall glaubt de Gaulle auf die Treue von Polizei und Militär zählen zu dürfen, überhaupt auf den so vielbewährten Staats- und Unterdrückungsapparat, der noch immer ziemlich unversehrt ist.

Aber nun muss doch deutlich gesagt werden, dass ein *Weiterleben des Gaullismus* auch nach einem für ihn günstigen Wahlausfall nur eine recht *vorläufige und trügerische Sache* sein kann. De Gaulle selber hat sich politisch überlebt. Der Bann, in den er so unbegreiflich lang eine Mehrheit des französischen Volkes zu schlagen vermochte, ist gebrochen. Und das von ihm so künstlich-raffiniert aufgebaute Herrschaftssystem ist im innersten Kern erschüttert. Sein Einsturz ist nur eine Frage verhältnismässig kurzer Zeit. Dass sich der General zuletzt noch einmal auch des nun wirklich abgestandenen Antikommunismus bediente, um den Wahlkampf zu gewinnen und das Volk für die «Freiheit», die *er* meint, zu begeistern, zeigt den zynischen Demagogen, der er eben neben anderem, Edlerem, *auch* ist, in seiner ganzen Zeitwidrigkeit und Verständnislosigkeit gegenüber den wirklichen Aufgaben, die Frankreich heute gestellt sind. Da hat Jean Daniel schon recht, wenn er im «Nouvel Observateur» (15.–21. Mai) schreibt: «Es wird Aufgabe der Geschichtsschreiber und Biographen sein, sich zu fragen, warum de Gaulle die Arena nicht früher verlassen hat, und wieso er dazu gekommen ist, so schandbar das Bild zu trüben, das er dank seinem theatralischen Genie ins Bewusstsein der Franzosen einzuzeichnen vermocht hatte... Ob er nun der Mann eines sagenhaften Schicksals ist oder nicht – de Gaulle ist von jetzt an ein Schädling. ‚Positive' Seiten hin oder her – der Gaullismus ist ein Übel, von dem man sich freimachen muss.» Er ist schon jetzt ein anderer als vor dem Maiaufstand. Er wird erst recht, *wenn* er sich noch eine Zeitlang äusserlich halten kann, zu einer Wandlung seines Wesens gezwungen sein. Und er wird völlig sicher an seiner inneren Fäulnis und seiner gesellschaftlichen Widersinnigkeit zugrunde gehen,

sobald sich die Widerstandsbewegung geklärt und geeinigt haben wird. Er wird dann dem neuen Frankreich Platz machen, das bei Kriegsende heraufzukommen schien, aber noch einmal den alten, verderblichen Mächten weichen musste, das nun aber doch wuchtig durchbrechen wird. Ganz Europa, ja die Welt wartet darauf.

Und Vietnam? Der Leser und die Leserin werden es gewiss entschuldigen, dass ich den französischen Ereignissen einen so breiten (und doch so knapp gehaltenen) Raum gewährt habe, statt wie sonst *Vietnam* an die Spitze der Weltrundschau zu stellen. Aber ohne einen Blick auf Vietnam soll dieses Heft der «Neuen Wege» doch nicht hinausgehen. Äusserlich scheint freilich alles gleichgeblieben zu sein wie vor einem Monat. Die Vorgespräche über einen Friedensschluss wollen nicht vorwärtskommen, weil die Amerikaner um keinen Preis den Luftkrieg gegen Nordvietnam bedingungslos einzustellen bereit sind, wie das die Nordvietnamer verlangen. Sie werfen über die von Johnson noch zur Beschiessung freigelassenen Gebiete Nordvietnams mehr Bomben ab als früher über ganz Nordvietnam. Und im Süden bedrängen die nordvietnamischen und Vietkong-Streitkräfte von neuem die gegnerischen Réduitstellungen, besonders die Hauptstadt Saigon, in der schon andauernd Strassenkämpfe stattfinden. Offenbar hofft man in Hanoi, dass diese völlige Unsicherheit der amerikanisch-südvietnamischen «Herrschaftsgebiete» die Unterhändler der USA in Paris doch zum Einlenken auf die Forderung der Gegenseite veranlassen werde, sei es auch nur in Form eines grundsätzlichen Versprechens, dass der Luftkrieg gegen Nordvietnam «demnächst» abgebrochen werde. Aber auf nordvietnamischer Seite vermutet man auch, dass in Washington aufs neue die «Harten» Oberwasser bekommen haben, so dass dem Chefunterhändler Harriman die Hände gebunden seien. Ob wohl die Ankunft eines hochstehenden weiteren Beauftragten Hanois in Paris, des kommunistischen Zentralsekretärs Le Duc Tho, darauf hindeutet, dass die nordvietnamische Regierung es den Amerikanern erleichtern will, den Luftkrieg auch ohne Gegenleistung zu beendigen?

Auf alle Fälle vernimmt man glaubwürdig, dass Hanoi bereit ist, sehr weitgehende Zugeständnisse zu machen, wenn nur erst mit dem Luftkrieg endgültig Schluss sei, so dass die Regierung Ho Chi-Minhs wenigstens das Gesicht wahren und ihrem Volk, das so unerhörte Opfer gebracht hat, von vornherein eine gewisse Genugtuung geben könne. Die Friedensdelegation soll für diesen Fall sozusagen freie Hand bekommen haben, auf die sofortige Erfüllung der vier Punkte zu verzichten, die Nordvietnam bisher amtlich immer als unabdingbare Voraussetzungen für den Abschluss eines Friedensvertrages erklärt hatte.

Dass hinter den Kulissen auch auf amerikanischer Seite Kompromissmöglichkeiten erörtert werden, versteht sich fast von selbst. General Westmoreland, der aus Vietnam als Oberbefehlshaber zurückberufen und mit einem höheren Amt belohnt worden ist, prahlt natürlich aufs neue mit den «Fortschritten», die bei den erbitterten Bodenkämpfen in Südvietnam von

den amerikanischen Truppen erzielt worden seien, während sich die Lage des Feindes, der «in Verzweiflung kämpfe», zusehends verschlechtere. Immerhin stünden nun ausser den Vietkong-Streitkräften 90 000 nordvietnamische Soldaten in Südvietnam, so dass noch eine erhebliche Anstrengung nötig sei, um den Krieg mit dem so oft versprochenen amerikanischen Sieg zu beenden. Allein man nimmt in Washington den «miles gloriosus», den bramarbasierenden Soldaten, kaum mehr sehr ernst. Und es ist fast rührend, dass Präsident Johnson den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin flehentlich angerufen hat, er möge doch alles tun, damit dem Vietnamkrieg ein Ziel gesetzt werde...

Je näher eben in den USA die Herbstwahlen rücken, desto dringlicher wird die Notwendigkeit, für Vietnam eine andere als die militärische Lösung eines Konfliktes zu suchen, der die Vereinigten Staaten innen- wie weltpolitisch aufs schwerste belastet und dem gegenwärtigen Regime zum eigentlichen Verhängnis zu werden droht.

Wie verheerend der Vietnamkrieg nicht zuletzt auf das *sittliche Bewusstsein* und die Wertung des Menschenlebens in Amerika gewirkt hat, ersieht man deutlich genug an der Zunahme der Gewaltverbrechen, die man in den Vereinigten Staaten beklagt, von Verbrechen, die nach den Mordtaten an Martin Luther King und nun an Senator Robert Kennedy auch die amtlichen Kreise in Unruhe versetzt haben. Wenn Präsident Johnson jetzt eine Kommission eingesetzt hat, die die Ursachen des überhandnehmenden Gewaltgeistes und die Mittel zu seiner Bekämpfung erforschen soll, so wirkt das freilich nur grotesk. Möge er doch lieber die Luftangriffe auf nordvietnamische Städte und Dörfer abblasen und damit einen vielleicht entscheidenden Schritt zur Beendigung des Vietnamkrieges überhaupt tun – dann wird er einen Beitrag zur Verbrechensbekämpfung in seinem Land geleistet haben, der hundertmal wirksamer ist als sämtliche Vorschläge, die aus der Forschungsarbeit der genannten Kommission hervorgehen können!

Altes oder neues Westdeutschland? Aber nun doch noch einmal zurück zu Europa und zunächst zu unserem auch etwas unruhig gewordenen nördlichen Nachbar.

«Sowas wie in Frankreich kann uns hier nicht passieren!», sagen jetzt freilich in *Westdeutschland* die Regierenden und ihr Anhang immer wieder. Schon darum nicht, so meinen sie, weil sie ja jetzt endlich die berühmten *Notstandsgesetze* unter Dach und Fach hätten, die jede revolutionäre Bewegung im Keim zu ersticken vermöchten. Und natürlich vertrauen sie namentlich auch darauf, dass der altanerzogene Untertanengeist im deutschen Volk himmelweit verschieden von dem ewig rebellischen Temperament der Franzosen sei, zumal das Wohlleben breitester Bevölkerungsschichten in der Bundesrepublik von selbst dafür sorge, dass an den Grundlagen der so wunderbar segensreichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht gerüttelt werde.

Ganz schön – in der Theorie. Aber hat nicht eine jüngste Praxis die

Brüchigkeit dieser ganzen Überlegungen handgreiflich erwiesen? Hat man bei den Regierenden und den sie stützenden Parteien aus der *studentischen Explosion* des vergangenen Frühjahrs noch immer nichts gelernt? «O doch», antwortet man uns. «Es ist ja nun wirklich und ernstlich eine *Hochschulreform* geplant!» Gewiss, geplant ist eine, und im Bundestag ist auch eine ganze Anzahl recht vernünftiger Anregungen für eine Neugestaltung des ganzen Hochschulbetriebes gemacht worden. Man hat vom Ausbau des Fachhochschulwesens, von umfassenden Kapitalanlagen für den Umbau der bestehenden Universitäten geredet, von einem modernen Unterrichtsbetrieb, von Mitbestimmung der Studierenden, von Entmachtung der Professorentyrannen, von einer gründlichen Überprüfung des Prüfungswesens und was dergleichen Neuerungen mehr sind. Aber zugleich sind in dieser parlamentarischen Aussprache auch die Schwierigkeiten aller tiefer eingreifenden Reformen klargeworden. Nicht zuletzt haben die Länderregierungen, die Hauptträger der Hochschulen, darauf aufmerksam gemacht, dass sie finanziell bereits an der Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt seien. «Der Bund selber muss sich zunehmend einschalten», stellt der Bonner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 282) fest, um sofort beizufügen: «... aber die Verteilung der Zuständigkeiten auf verschiedene Bundesministerien und die Schwerfälligkeit der Bürokratie überhaupt haben wiederum bewirkt, dass auch Bonn nicht zur Führungskraft eines fortschrittlichen Hochschulwesens geworden ist.» Die Studenten werden also noch lang auf die Erfüllung ihrer Begehren warten können! Ist es ein Wunder, dass sie mit Neid auf ihre französischen Kommilitonen schauen, die der Verwirklichung einer Hochschulreform immerhin viel näher sind als sie selber?

Aber wie in Frankreich geht es ja auch den westdeutschen Studenten um viel mehr als um blosse Hochschulreformen, so dringlich notwendig diese auch bleiben. Es geht ihnen um eine *Neuordnung der ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung,* in deren Rahmen allein auch das Hochschulwesen von Grund auf erneuert werden könne. Ihre Mitwirkung an der Bewegung des Protestes gegen die Notstandsgesetze zeigt diesen Zusammenhang schon recht klar auf – und das ist nur *eine* Seite ihres Strebens nach einer radikalen Umwälzung der herrschenden Ordnungen. Vor allem die Linke der bundesrepublikanischen Studentenschaft, der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), ist entschieden und offen revolutionär gestimmt. *Wie* die von ihr geforderte Revolution vollzogen werden soll, darüber fehlt es bei ihr freilich sehr an einheitlichen, klaren Vorstellungen. «Dass eine gewaltsame Revolution», so schreibt Klaus Fritzsche in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Maiheft), «in einem industriell-technisch, bürokratisch und zivilisatorisch hochentwickelten, militärisch hochgerüsteten kapitalistischen Staat – ausser bei einer schweren Existenzkrise – nicht möglich ist, haben seine (des SDS) Wortführer oft betont... Aber sie setzen, mit Marcuse, allergrösste Hoffnungen auf einen Prozess allgemeiner politischer Bewusstwerdung des Volkes, aus der schliesslich mit geschichtlicher Notwendigkeit jene freie, nämlich herrschaftsfreie

Gesellschaft erwachse, in der Aggressionen, Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung keinen Raum mehr haben.»

Demgegenüber halten, wie Fritzsche betont, die reformistisch eingestellten Studentengruppen am bürgerlich-kapitalistischen Staat fest «und glauben, dass es notwendig, möglich und zureichend sei, im Rahmen dieses Systems selbst monopol-kapitalistische Auswüchse einzudämmen oder abzustellen und eine Politik kleiner demokratischer Schritte in Gang zu bringen.» Auf jeden Fall aber suchen auch in Westdeutschland die Studenten möglichst engen Schulterschluss mit allen anderen fortschrittlichen Kräften, besonders solchen in der Arbeiterschaft, das heisst in den radikaleren Gewerkschaften – Metall, Chemie, Druck und Papier usw. –, da sie mit Recht in ihnen die Massengrundlage sehen, ohne die auch ihre besonderen «Standesforderungen» nicht verwirklicht werden könnten. Die Verbindung mit diesen Kräften dürfte entscheidend dazu beitragen, dass auch in den scharf sozialistisch ausgerichteten Studentengruppen die Neigung zu Gewaltmethoden und Revolutionsromantik erheblich gedämpft wird.

Inzwischen wächst auch sonst in Westdeutschland die Einsicht, dass die Bonner Republik keine einzige der wirklichen, lebenswichtigen Fragen, die ihr gestellt sind, gelöst hat oder auch nur zu lösen versucht. Und das heisst, dass *ohne* solche Lösungen auch alle Notstandsgesetze nichts nützen, um «Ruhe und Ordnung» zu sichern und einen Zusammenbruch des Bestehenden zu verhindern. Ein Ansatz in dieser Richtung ist ein Zwanzig-Punkte-Programm, das der rührige Sebastian Haffner in der Hamburger Illustrierten «Stern» kürzlich entwickelt hat. «Ein tatsächlich glaubwürdiges, positives Programm zur Rettung der Bundesrepublik, vor allem der Demokratie in der Bundesrepublik», so stellt er eben fest, «gibt es bisher nicht. Die Bundesregierung hat keins, die parlamentarische Opposition hat keins und auch die ausserparlamentarische Opposition, oder zumindest ihr nichtrevolutionärer Flügel, hat bisher keins entwickelt.»

Vor allem verlangt Haffner eine «radikale Umkehr der Aussenpolitik», um Westdeutschland zu retten «nicht nur vor dem dritten Krieg und der dritten Niederlage, denen es eines Tages nicht entgehen wird, sondern auch schon vor dem Bürgerkrieg im Innern». Entsprechend käme dazu als «innenpolitische Sofortmassnahme» eine kräftige Abrüstung (nurmehr eine kleine, sehr bewegliche Berufsarmee), verbunden mit Verzicht auf die Notstandsgesetzgebung, mit gründlicher Umgestaltung der Presse, Säuberung der Regierungsämter von Nazis, Wiederzulassung der Kommunistischen Partei und dergleichen Vorkehren zur Sicherung der Meinungsfreiheit. Und schliesslich hält Haffner für notwendig gewisse «mittelfristige» Reformen, wie Volksbefragung und Volksentscheid, kostenlose Volksbildung, Demokratisierung der Hochschulen, Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in Grossbetrieben, Strafgesetzreform, Kinderschutz usw. usw.

Man sieht, hier wird nichts Sozialistisches, Revolutionäres gefordert; Haffner will vielmehr mit seinem liberalen Programm «die Bundesrepublik als kapitalistische Demokratie noch in letzter Stunde retten». Aber er gibt

sich gewiss nicht der Täuschung hin, dass die heutigen Machthaber in Westdeutschland überhaupt auf die von ihm umrissene Grundlinie einschwenken könnten. Von den hinter Christlichdemokraten und Freien Demokraten stehenden Mächten sei hier von vorherein nicht die Rede; in deren Augen ist Haffner sowieso nur ein verkappter «Kommunist». Aber auch eine Umkehr und Selbstbesinnung der *Sozialdemokraten* zu erwarten, wäre Utopie, solange die Wehner, Brandt und Schütz am Ruder sind. Wie wir schon in der Mai-Rundschau andeuteten, hat die Sozialdemokratische Partei auch aus ihrem Misserfolg bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg nichts gelernt. Wohl hat sich ihr Landesparteitag mit Mehrheit gegen eine Regierung von SPD und CDU ausgesprochen, aber bereits sind Bestrebungen im Gang, in Stuttgart doch wieder den Bund mit den Christlichdemokraten zu erneuern. Und dass die SPD gar die «Grosse Koalition» in Bonn preisgeben würde, das kommt für ihre Führer überhaupt nicht in Frage. Ähnlich einsichtslos und verblendet zeigen sie sich in Westberlin. Kurz, die regierenden Parteien zwingen die Befürworter einer neuen Innen- und Aussenpolitik der Bundesrepublik geradezu, ihr Heil in einer ausser-, wenn nicht gar antiparlamentarischen Opposition zu suchen.

Der Boden für einen eigentlichen Umsturz auch in Westdeutschland wird so fast planmässig vorbereitet. Und wenn es auch in politischen Dingen so etwas wie «deutsche Gründlichkeit» gibt, dann kann man sich auf einen dramatischen Fortgang des Kampfes zwischen dem alten und einem neuen Westdeutschland schon für eine nicht mehr ferne Zeit gefasst machen.

Die Gärung in England und Italien

Die Umwälzung, die in Frankreich und Westdeutschland im Gang ist, wird sich, wie schon früher gesagt, mehr und mehr auch auf die andern kapitalistischen, ja sogar auf die sozialistisch regierten Länder ausdehnen und hat dort weitherum auch bereits eingesetzt. Sie wird früher oder später auch unsere erzkonservative Schweiz erfassen mitsamt ihrem selbstgerechten Eigendünkel, ihrem verlogenen Demokratiekultus und ihrer Militärvergötzung. In der Berichtszeit haben namentlich die Vorgänge in *Grossbritannien* und *Italien* die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In beiden Staaten ist es – wie in Westdeutschland – bezeichnenderweise das Versagen der sich sozialistisch heissenden Parteien, das internationales Aufsehen hervorgerufen hat – bezeichnend darum, weil diese Parteien berufen gewesen wären, der sozialen Revolution eine Gasse zu machen, tatsächlich aber zu Mitträgern der alten, bürgerlich-kapitalistischen Unordnung geworden sind. Den Lohn dafür kassieren sie jetzt immer offenkundiger ein.

In England hat die *Labourpartei* nach ihren Niederlagen bei verschiedenen Ersatzwahlen ins Unterhaus nun auch bei den jüngsten Gemeindewahlen geradezu einen Zusammenbruch erlebt. Dutzende von Stadtverwaltungen, die bisher als unerschütterlich sicherer Besitz der Labourpartei galten, sind den Konservativen in die Hände gefallen; in Grosslondon selbst, das einmal – mit Morrison als Bahnbrecher – labouristisch regiert wurde, ist von

32 Bezirken, in denen heuer gewählt werden musste, kaum ein halbes Dutzend unter Labourverwaltung geblieben.

Das Vertrauen in die Labourregierung ganz allgemein ist eben in der britischen Bevölkerung in fast unglaublichem Ausmass geschwunden. Die Gründe sind an dieser Stelle zu oft dargelegt worden, um nicht nochmals im einzelnen zergliedert werden zu müssen. Die Regierung Harold Wilsons ist – grossenteils aus Angst vor ihrem Sturz durch einen endgültigen Angriff der vereinigten in- und ausländischen Kapitalmächte auf die Pfundwährung – einfach zur Verteidigerin des bestehenden, unheilvollen Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbaus geworden, den sie so verbessern zu können hofft, dass dann die Bahn für seine Umgestaltung nach sozialistischen Entwürfen frei werde. Um dieser Selbsttäuschung willen macht sie Zugeständnisse um Zugeständnisse an völlig un- und widersozialistische Grundauffassungen und fordert den Widerstand breiter Arbeiterschichten heraus, die es ablehnen, das Opfer einer schmerzlichen Einschränkung ihrer Lebenshaltung zu bringen, während die Gewinne und Vermögen der besitzenden Klasse im Verhältnis dazu kaum irgendwie fühlbar beschnitten werden. Es ist so, wie «The Christian Socialist» in seiner Mai/Juni-Ausgabe schreibt: Nur wenn die gründliche Neuverteilung des Volkseinkommens zum Gegenstand der nächsten Wahlen gemacht wird, hat die Labourbewegung Aussicht auf einen Wiederaufstieg. Der gegenwärtige Kurs aber kann nur zu wachsendem Selbstbetrug und zu einer verheerenden politischen Niederlage führen. «Das hiesse eine konservative Regierung, drastische Geldverteuerung und viel mehr als anderthalb Millionen Arbeitslose. Die wirkliche Wahl ist die zwischen Sozialismus und Arbeitslosigkeit. Einen dritten Weg gibt es nicht mehr.»

Auch in *Italien* hat die nun ja wiedervereinigte Sozialistische Partei unter Nennis Führung eine empfindliche Niederlage erlitten. Ihr Stimmenanteil ist bei den Kammerwahlen um nicht weniger als 5,4 Prozent auf 14,5 Prozent gefallen. Dafür hat die junge, von ihr abgesplitterte Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit 4,5 Prozent aller Stimmen errungen, obwohl man ihr vielfach überhaupt keine Lebensfähigkeit zugestehen wollte. Anderseits haben die Kommunisten ihren Vormarsch auch bei den Wahlen vom 19. Mai 1968 fortgesetzt; sie haben um 1,6 Prozent Stimmenanteil zugenommen und verfügen nun mit fast 27 Prozent aller Wählerstimmen über 177 Abgeordnete, gegen 166 bisher. Die Sozialisten haben von ihren 94 Sitzen immerhin 91 sichern können. Auf wielang aber?

Die Christlichsozialen und die Republikaner haben zwar diesmal bescheidene Fortschritte gemacht, sehen sich aber vor die Frage gestellt, ob sie auch in der neuen Volksvertretung offen oder still ihre Zusammenarbeit mit den Sozialisten aufrechterhalten können. Die Entscheidung hängt von den Sozialisten selber ab, in deren Reihen der Widerstand gegen das Bündnis mit der klerikalen Regierungspartei durch den Wahlausfall sehr gestärkt worden ist. Direktionsausschuss und Zentralvorstand der Partei haben zwar beschlossen, vorderhand auf die Mitarbeit in der Regierung selbst zu verzichten und auf Zusehen hin wenigstens im Parlament die christlichdemo-

kratisch-republikanische Regierung zu unterstützen, sofern sie mehr «links» anhalte als bisher. Ob es aber zu einer wirklichen und dauernden Kursänderung der Sozialistischen Partei kommt, ist mehr als zweifelhaft. Die Kräfte, die zu der Rechtsschwenkung der ehemaligen Linkssozialisten und ihrer Verschmelzung mit den verbürgerlichten Sozialdemokraten gedrängt haben, sind noch immer viel zu mächtig. Es ist eben der gleiche Vorgang, wie er bei einer Reihe anderer «sozialistischer» Landesparteien zu ihrer Eingliederung in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft geführt hat, der sich nun auch in Italien abspielt. Und die Frage ist nur, ob die Wandlung, die im Schoss der *Kommunistischen* Partei Italiens im Gang ist, tief genug ist, um eine Neugruppierung der politischen und sozialen Kräfte Italiens in der Richtung auf einen freiheitlich-sozialistischen Volksstaat zu bewirken.

Ansätze dazu sind allerdings seit langem sichtbar. Insbesondere ist die Christlichdemokratische Partei alles andere als ein geschlossener Einheitsblock; ihre Linke, mit den katholischen Arbeiterorganisationen als Kern, wird sich nicht ewig vom Vatikan gängeln lassen, der immer noch die stärkste geistige Stütze der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung ist. Und nicht zuletzt rühren sich die Studenten, sogar an der katholischen Universität Mailand, gleichfalls recht kräftig, so dass ein Zusammenwirken von Intellektuellen und Arbeitern auch in Italien möglich erscheint. Der radikale geistig-politische Umbruch, in dem ganz Europa begriffen ist, wird unser südliches Nachbarland früher oder später auf jeden Fall auch packen und es von Grund auf neugestalten.

6. Juni *Hugo Kramer*

An unsere Leser

Die Juli/August-Doppelnummer der «Neuen Wege» wird des hundertsten Geburtstages von Leonhard Ragaz gedenken (28. Juli 1868). Wer von Ihnen durch den Eindruck von Ragaz' Persönlichkeit, besonders durch das Erlebnis seines Wirkens im Gartenhof dazu helfen kann, junge Leute der Gegenwart begreifen zu lassen, was Ragaz einer Generation von suchenden Menschen bedeutete, ist freundlich gebeten, seinen Beitrag an die Redaktion der «Neuen Wege» zu richten. Einsendungen bitte möglichst frühzeitig und nicht später als 15. Juli.

Die Redaktionskommission

Suche auf Herbst (oder etwas später) zwei ruhige

unmöblierte Zimmer

samt Verköstigung, in freier Lage und nicht zu weit von einer Stadt entfernt, gleichviel in welchem Kanton

Angebote erbeten an H. Kramer, La Repentance, 1222 Vésenaz-Genf